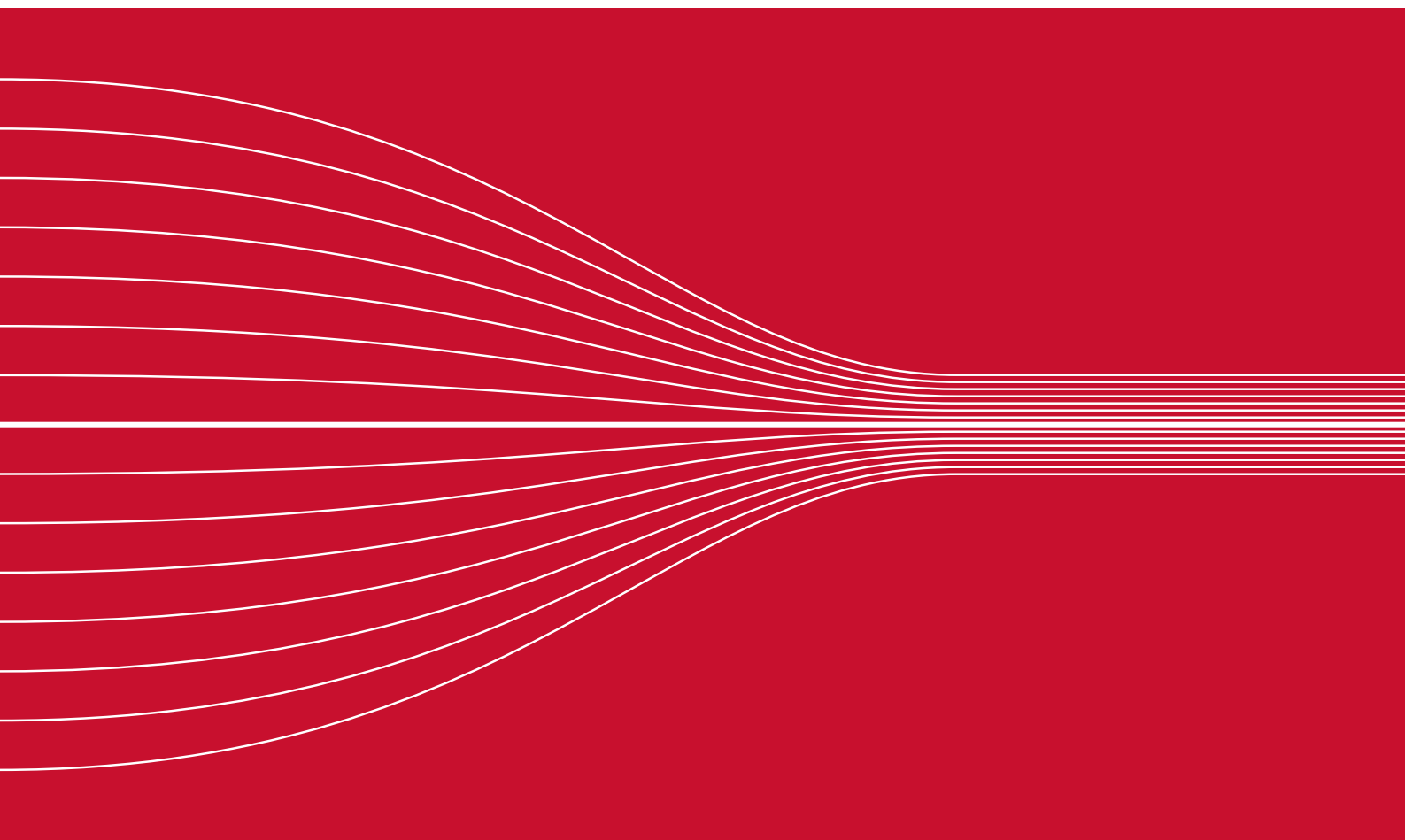


Fokussierung, Souveränität und neue Wertschöpfung

Eine industrie- und wirtschaftspolitische Strategie
für Deutschland



Christian Agethen

Carolin Albrecht

Frederik Digulla

Sebastian Dullien

Thomas Losse-Müller

Jens Südekum

Jakob von Weizsäcker

ZITIERVORSCHLAG

Agethen, C.; Albrecht, C.; Digulla, F.; Dullien, S.; Losse-Müller, T.; Südekum, J.; von Weizsäcker, J. (2026): Fokussierung, Souveränität und neue Wertschöpfung. Eine industrie- und wirtschaftspolitische Strategie für Deutschland. September 2026.

INHALT

Einleitung

- 01** Fokussierung und Skalierung in Deutschland
 - 02** Die Vertiefung des europäischen Marktes für schnelle Skalierung
 - 03** KI-Industriepolitik: Souveränität führt zu Wertschöpfung
 - 04** Elektrifizierung für mehr Wertschöpfung in Deutschland
 - 05** Resilienz und strategische Souveränität
 - 06** Ein neues Verständnis von Handelspolitik und ein selbstbewusster Umgang mit den USA und China
-

Deutschland ist eine der bedeutendsten Volkswirtschaften der Welt. Wir tragen mit unserer Wirtschaftskraft entscheidend zur Entwicklung Europas bei. Unsere wirtschaftliche Stärke gibt uns die Kraft, immer neue Herausforderungen von der deutschen Einheit über die Finanzkrise und Covid-19 bis zur Klimatransformation und dem Aufbau neuer Verteidigungsfähigkeiten anzugehen. Diese Kraft entspringt vor allem unserem Wirtschaftsmodell. Gerade dieses Modell gerät jedoch nun an seine Grenzen.

Deutschlands Wohlstand beruht bis heute auf der Wettbewerbsfähigkeit in internationalen Märkten. Der Erfolg, den Maschinen, Autos, Wissen, Waren und Dienstleistungen aus Deutschland bei Kundinnen und Kunden in der ganzen Welt hatten, hat entscheidend zu den hohen Einkommen und Sozialstandards in Deutschland beigetragen. Exportüberschüsse sind aber kein Wert an sich. Sie führen nur dann zu Wohlstand, wenn das dabei ins Ausland exportierte Kapital gut angelegt wird und irgendwann wieder in Form von Einfuhren zurückkommt. Beides ist im Fall von Deutschland nur bedingt der Fall.

Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse der Vergangenheit haben sich für Deutschland volkswirtschaftlich kaum ausgezahlt. Viel ist im Ausland in wenig rentierliche Investitionen geflossen. Die Exportüberschüsse waren auch deshalb so hoch, weil in Deutschland über Jahrzehnte wenig investiert und konsumiert wurde. In diesem Klima sind neue Modelle der Wertschöpfung wie digitale Plattformen, Halbleiter oder Batterieproduktion überwiegend außerhalb Deutschlands entstanden.

Die Interessen deutscher Unternehmen und die volkswirtschaftlichen Interessen haben sich dabei zum Teil auseinanderentwickelt. Ein Unternehmen, das im Ausland produziert und dort investiert, handelt betriebswirtschaftlich nachvollziehbar. Der volkswirtschaftliche Ertrag dieser Entscheidung fällt allerdings oft anderswo an. Solange das Exportmodell trug, blieb dieser Widerspruch politisch folgenlos.

VIER PFEILER

Fokussierung auf
strukturelle Stärken

Skalierung im
europäischen Markt

Chancen der
Künstlichen
Intelligenz

Rasche
Elektrifizierung

DREI FÖRDERBEREICHE

Wachstumsfelder

Sockelproduktion

Chokepoints

Bis heute schafft Deutschland Wissen, Technologie und Nachfrage.

Die Wertschöpfung daraus realisieren aber oft andere und in Spitzentechnologien wie der KI sind Deutschland und Europa zunehmend abgehängt. Wir erleben, dass China und die USA Weichen gestellt haben, die unser Wirtschaftsmodell herausfordern. Im Ergebnis wächst unser Land deutlich langsamer als vergleichbare entwickelte Volkswirtschaften.

Die Antwort auf diese Entwicklung ruht auf vier Pfeilern: stärkere Fokussierung auf strukturelle Stärken, schnellere Skalierung im europäischen Markt, Nutzung der technologischen Chancen durch Künstliche Intelligenz und rasche Elektrifizierung für mehr heimische Wertschöpfung.

Industriepolitik und öffentliches Geld sollten sich dabei auf drei klar abgegrenzte Bereiche konzentrieren: Wachstumsfelder, in denen Deutschland globale Marktanteile und neue Wertschöpfung gewinnen kann, Sockelproduktion, die aus Resilienzgründen auch ohne volle Rentabilität aufrechterhalten werden muss, und „Chokepoints“, an denen Deutschland und Europa für andere unverzichtbar werden, um die strategische Verhandlungsmacht zu erhöhen.

Höhere Resilienz, der gezielte Ausbau von neuen strategischen Partnerschaften und ein selbstbewusster Umgang mit den USA und China sichern diese neue industriepolitische Agenda geoökonomisch ab. Diese Agenda muss auf europäischer Ebene untermauert werden: durch eine Vertiefung des EU-Binnenmarktes, durch eine gezielte und agile Handelspolitik zur Reduktion von Abhängigkeiten, durch den Aufbau eines geoökonomischen Reaktionsinstrumentariums bei Erpressungsversuchen und schließlich durch eine strategische Weiterentwicklung und Stärkung des multilateralen Handelssystems gemeinsam mit den Akteuren, die wie wir ein starkes gemeinsames Interesse daran haben.

Das Leitmotiv eines erwachsenen Europas lautet: Wir sind nicht protektionistisch, aber auch nicht naiv.

Fokussierung und Skalierung in Deutschland

AUSGANGSLAGE

Der industrielle Output Deutschlands ist vom Höhepunkt 2018 auf das Niveau der frühen 2000er Jahre zurückgefallen. Die Stärke bis 2018 beruhte auf vier Faktoren, die nicht mehr fortbestehen: einem strukturell unterbewerteten Euro, Lohnzurückhaltung nach den Hartz-Reformen, günstigem russischem Pipelinegas und einem komplementären Wachstumspfad mit China. Die strukturellen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert. Hinzu kommt wachsender demografischer Druck: Jährlich verlassen Hunderttausende Menschen den Arbeitsmarkt. Im Ergebnis stagniert die deutsche Volkswirtschaft. Bürokratieabbau und niedrigere Energiepreise sind notwendig, können aber allein keine Trendwende schaffen.

Die Substanz für neue Wertschöpfung ist vorhanden. Deutschland beheimatet unter anderem tausende Weltmarktführer in Nischen. Das duale Bildungs- und das öffentliche Innovationssystem schaffen Qualifikation und angewandte Forschung auf Top-Niveau. Die industrielle Verbundproduktion ist in Europa einzigartig dicht. Deutsche Unternehmen konzentrieren sich vor allem auf mittel- bis hochtechnologische Industrien wie Maschinenbau, Automobilbau und Chemie.

Der Anteil an einigen Spitzentechnologien bleibt aber im Vergleich zu den USA und China geringer. Deutschlands Industriepolitik richtet sich bislang vor allem auf den Erhalt des Bestehenden. Zukunftsfelder, neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfung entstehen dagegen anderswo und werden in Deutschland selten gezielt bis zur Marktreife gebracht.

Die Förderungslogik muss sich ändern: von Breite zu Fokussierung, von der Bestandsbewahrung zum gezielten Aufbau neuer Wachstumspotenziale.

Vier Wachstumsfelder

Deutschland braucht einen industriepolitischen Plan mit klaren Prioritäten. Die vier hier ausgewählten Bereiche verbinden vorhandene Stärken mit globalen Wachstumsperspektiven. Die Auswahl knüpft an die Hightech Agenda des Bundes an.

WACHSTUMSFELD	BWS HEUTE	Globales JÄHRLICHES WACHSTUM
Maschinen für eine klimaneutrale Welt Maschinen- und Anlagenbau, Batterien, Energietechnik, klimaneutrale Mobilität, E-Autos, Wasserstoff, Industrieautomation, Fusion, Materialien, Kreislaufwirtschaft	ca. 322 Mrd. €	+10-13 %
Pharma, Biotech, Medizintechnik Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Diagnostik, digitale Gesundheit, KI in der Medizin, teilweise Chemieindustrie	ca. 50 Mrd. €	+6-13 %
Sicherheit, Verteidigung, Luft- und Raumfahrt Verteidigung, Luft- und Raumfahrt, kritische Infrastruktur, Satelliten, sichere Kommunikation, Dual-Use-Technologien	ca. 30 Mrd. €	+5-9 %
Vertrauenstechnologien Künstliche Intelligenz, Cloud-Infrastruktur, souveräne Datenräume, Cybersecurity, Software, Satelliteninternet	ca. 8 Mrd. €	+15-30 %

BWS = Bruttowertschöpfung

Gleichzeitig müssen die zugrunde liegenden Querschnittstechnologien gezielt gestärkt werden. Insbesondere Künstliche Intelligenz (und hier vor allem industrielle, sog. „physische“ KI-Anwendungen), Mikroelektronik, Quantentechnologien und weitere Enabling Technologies schaffen die technologische Basis für Innovationen und Produktivitätsgewinne in allen vier Wachstumsfeldern und sollten daher industriepolitisch besonders gefördert werden.

Deutschlands ökonomische Chancen liegen in der Verbindung von technologischer Tiefe, regulatorischer Stabilität und durch den Wunsch nach Souveränität getriebener Nachfrage von anderen mittleren Mächten innerhalb und außerhalb Europas: Dort bestehen Wettbewerbsvorteile gegenüber schnell skalierender chinesischer Produktion und amerikanischer Plattformlogik. Die vier Bereiche decken rund 410 Mrd. € der heutigen industriellen Bruttowertschöpfung ab. Die übrigen rund 360 Mrd. € bleiben relevant, stehen aber nicht im Fokus der neuen deutschen Industriestrategie: Das bündelt Mittel und signalisiert privaten Investoren, wo ihr Geld ein attraktives Risikoprofil hat. Genauso wird Wettbewerbern signalisiert, wo es keine einfachen Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt geben wird.

NEUPOSITIONIERUNGEN

Fokussierung statt Breite. Deutsche Industriepolitik und Subventionen konzentrieren sich künftig nicht mehr primär auf den Erhalt bestehender Geschäftsmodelle, sondern auf die vier Wachstumsfelder. Damit werden knappe Ressourcen auf die größten Zukunftschancen des Landes fokussiert. Neue Industrien, Technologien und Märkte entstehen nicht von selbst. Sie benötigen Kapital, Talente und politische Aufmerksamkeit. Eine fokussierte Industriepolitik schafft die Voraussetzungen dafür, dass Deutschland in den wachstumsstärksten Märkten der kommenden Jahrzehnte führende Positionen aufbauen kann. So entstehen neue Wertschöpfung, hochwertige Arbeitsplätze und langfristiger Wohlstand. Sie produziert aber auch Verlierer in Industrien, die wenig wachsen und deren Überleben an der bisherigen Förderstruktur hängt.

Risikokapital statt Kreditfinanzierung. Das deutsche Wachstumsmodell basiert traditionell auf Banken- und Fremdkapitalfinanzierung. Für die Plattform- und KI-Ökonomie sowie Deep-Tech-Innovation ist das kein passendes Instrumentarium. Die heute erfolgreichsten Unternehmen wachsen über Jahre mit hohem Kapitaleinsatz und hohen Risiken, bevor sie profitabel werden. Wettbewerbsfähigkeit wird dabei über frühe und teilweise lange anfallende Anfangsverluste erreicht. Risikobereitschaft ist damit selbst zu einem Wettbewerbsfaktor geworden. Deutschland benötigt dafür mehr Wagniskapital.

Ein wichtiger Hebel liegt in der kapitalgedeckten Altersvorsorge und dem beschlossenen Altersvorsorgedepot. Es sollte vorgesehen werden, dass ein Anteil dieses Kapitals in illiquide Assets jenseits von börsennotierten Unternehmen investiert werden kann. Davon würden deutsche und europäische Wachstumsunternehmen besonders profitieren, um Innovation, Skalierung und die Attraktivität der europäischen Kapitalmärkte zu stärken. Insgesamt sollte sich die geographische Asset Allocation enger an der Wirtschaftsleistung als an der Marktkapitalisierung orientieren. Denn davon würde die Dynamik der europäischen Wirtschaft ganz im Sinne der Ersparnis- und Investitionsunion profitieren, ohne damit die erheblichen Vorteile einer weltweiten Diversifizierung für die Altersersparnis zu gefährden.

Kompetenzen statt formaler Abschlüsse. Qualifikation sollte künftig stärker an nachgewiesenen Kompetenzen und weniger an formalen Abschlüssen bemessen werden: Andere Länder haben offenere und dynamischere Arbeitsmärkte. Das wird wichtiger in einer Zeit schneller technologischer Veränderungen. Dieses Verständnis von Qualifikation erschließt Engpassberufe schneller und senkt zugleich die Hürden der Erwerbsmigration.

UNMITTELBARE MASSNAHMEN

■ **Der Staat als Ankerkunde**

Öffentliches Geld wird konsequent in europäische Produkte investiert. Der Europa-Bonus in der neuen Wärmepumpenförderung ist ein gutes Beispiel dafür. Das gilt explizit auch für Software und digitale Dienstleistungen. Die Hightech Agenda senkt mit einer Sonder-Direktauftragswertgrenze von 100.000 € für Start-ups bereits Vergabehürden.

■ **Subventions-review**

Jede Finanzhilfe über 500 Mio. € wird daraufhin geprüft, ob sie ein tragfähiges Geschäftsmodell in einem der vier Schwerpunktbereiche stützt. Realistisches Volumen für Umschichtungen: 10 bis 18 Mrd. € pro Jahr, unter anderem aus dem Diesel- und Dienstwagenprivileg (rund 12 Mrd. €).

■ **SPRIND und
europäische
Innovations-
agenturen**

Das Budget der Bundesagentur für Sprunginnovationen wächst von rund 229 Mio. € auf 2 Mrd. € jährlich. Das Mandat wird um verteidigungsrelevante Technologien erweitert.

■ **Regulatorik
vereinfachen**

Die Anlageregeln in der privaten, betrieblichen und gesetzlichen Altersvorsorge werden in Deutschland und Europa konsequent für Risiko- und Wachstumskapital geöffnet.

■ **Talente für
Deutschland**

Die 2024 eingeführte Chancenkarte mit ihrem Punktesystem wird nach kanadischem Vorbild ausgebaut, um die Zuwanderung von Arbeitskräften transparenter und einfacher zu gestalten. Die in der Hightech Agenda angelegte Work-and-stay-Agentur bietet dafür den institutionellen Ansatzpunkt.

Die Vertiefung des europäischen Marktes für schnelle Skalierung

AUSGANGSLAGE

Die größten und innovativsten Unternehmen der vergangenen Jahrzehnte sind außerhalb Europas entstanden. In den USA erreichten mehrere in den letzten fünfzig Jahren gegründete Unternehmen Marktkapitalisierungen von über 1 Billion €. In Europa gelang im selben Zeitraum nur wenigen Neugründungen wie ASML der Sprung über 200 Mrd. € Marktkapitalisierung.

Das Defizit liegt nicht bei Innovation und Forschung: Europa hat Start-ups, Patente und exzellente Labore. Was fehlt, sind tiefe Kapitalmärkte für die Skalierungsphase und die Möglichkeit, auf einem homogenen Markt ohne institutionelle Schranken schnell zu wachsen. Wer zuerst Skaleneffekte erreicht, senkt Kosten, dominiert den Markt und verdrängt schließlich Wettbewerber. Der fragmentierte Binnenmarkt mit 27 Rechtsordnungen und fehlendem Kapital in späten Wachstumsphasen leistet das nicht. Schnell wachsende europäische Firmen werden häufig früh übernommen oder verlagern ihren Sitz und den Schwerpunkt der Geschäfte in die USA.

Das Problem ist erkannt. Ende Januar 2026 initiierten Bundesfinanzminister Klingbeil und sein französischer Amtskollege Lescure das E6-Format der sechs größten EU-Volkswirtschaften. Mit der gemeinsamen Position zum Marktintegrations- und Aufsichtspaket wird Deutschland bei der Kapitalmarktunion vom langjährigen Bremsen zum Treiber. Diese Dynamik muss fortgesetzt und verstärkt werden.

Mehr Liquidität durch Zentralisierung. Heute zersplittern zahlreiche Handelsplätze die Liquidität an den europäischen Kapitalmärkten. Dadurch bleiben Bewertungen geringer und der Zugang zu Wachstumskapital schwieriger als in den USA. Gleichzeitig ist Europas Finanzsektor durch nationale Grenzen geprägt. Sowohl Kapitalmärkte als auch Bankenlandschaft benötigen mehr Integration und Konsolidierung, um Unternehmen in der Skalierungsphase besser finanzieren zu können. Deutschland sollte aus nationalen Gründen oder Standorterwägungen keine weitere europäische Konsolidierung blockieren.

Deutschland geht voran. Deutschland sollte die Vertiefung des europäischen Binnenmarkts aktiv vorantreiben, etwa bei der Kapitalmarktunion, der gemeinsamen Einlagensicherung, einer koordinierten Industriepolitik und einer stärkeren europäischen Finanzierung gemeinsamer Zukunftsinvestitionen. Konkret kann Deutschland entscheidende Signale setzen mit der Zustimmung zur gemeinsamen Einlagensicherung, bei gemeinsam getragenen Beihilfen und mit einem größeren EU-Budget. Das bedeutet, aus guten Gründen verteidigte Positionen aufzugeben. Dieses Risiko sollte Deutschland bewusst eingehen, weil es mehr zu gewinnen als zu verlieren gibt. Als größte Volkswirtschaft Europas würde Deutschland von einer stärkeren Integration des Binnenmarktes überproportional profitieren.

Europäische Champions durch eine veränderte Marktaufsicht. Die europäische Fusionskontrolle misst Marktmacht bisher am nationalen bzw. europäischen Markt und begrenzt sie zum Schutz von Wettbewerb und Verbrauchern. Damit verhindert sie Zusammenschlüsse, aus denen europäische Unternehmen mit globaler Schlagkraft entstehen könnten. Es geht heute aber in vielen Bereichen weniger um den Wettbewerb zwischen europäischen Unternehmen als um den globalen Wettbewerb. Die Fusionskontrolle sollte bei strategischen Industrien den globalen Wettbewerb stärker berücksichtigen und Zusammenschlüsse ermöglichen, sofern sie die Entstehung international wettbewerbsfähiger europäischer Unternehmen fördern.

■ **Die
Kapitalmarkt-
aufsicht
europäisch
bündeln**

Das Marktintegrations- und Aufsichtspaket soll die Aufsicht über die zentralen Stellen, an denen Wertpapiergeschäfte abgewickelt und verwahrt werden, schrittweise bei der europäischen Wertpapieraufsicht ESMA zusammenführen, den grenzüberschreitenden Vertrieb von Fonds erleichtern und blockchainbasierte Marktinfrastrukturen dauerhaft zulassen. Das Paket liegt im Rat und wird von Deutschland getragen. Sein zügiger Abschluss wäre ein großer Schritt nach vorne.

■ **Europe-for-
Europe**

Bündelung öffentlicher Nachfrage in Verteidigung und Rohstoffen, verankert im nächsten mehrjährigen EU-Haushalt. Die EU-Präferenz-Regeln und der Industrial Accelerator Act werden konsequent umgesetzt. Öffentliches Geld gibt es nur noch für europäische Produkte und Dienstleistungen.

■ **Digitaler Euro
und eigene
Zahlungssysteme
einführen**

Beides senkt die Abhängigkeit in einem Bereich kritischer Infrastruktur. Heute laufen europäische Kartenzahlungen ganz überwiegend über zwei amerikanische Netzwerke. Es ist bemerkenswert, dass Indien mit UPI und Brasilien mit Pix extrem günstige und performante Echtzeit-Zahlungssysteme haben, die hinsichtlich der Resilienz und der Kosten Europa einen signifikanten Schritt voraus sind.

KI-Industriepolitik: Souveränität führt zu Wertschöpfung

AUSGANGSLAGE

Europa hat einen großen Rückstand bei der Performanz der grundlegenden KI-Modelle und bei der Rechenkapazität (Compute). Auch bei der Anwendung von KI in der Produktion und in der Robotik droht Europa gegenüber den USA und China ins Hintertreffen zu geraten.

Der Rückstand Europas bei Compute-Kapazitäten gegenüber den USA und China schafft eine strategische Verwundbarkeit. Diese Lücke kann nur durch fokussierte und entschiedene Investitionen in europäische Kapazitäten und Fähigkeiten geschlossen werden. Kurzfristig führt kein Weg an der Nutzung der führenden KI-Modelle aus anderen Ländern vorbei, damit europäische Unternehmen ihre KI-Anwendungen schnell ausbauen können. Bei dem erforderlichen KI-Anwendungsschub entstehen jedoch Abhängigkeiten, etwa durch die Gefahr künftiger Zugangsbeschränkungen oder die mangelnde Transparenz und Zuverlässigkeit von Modellen. Deshalb braucht es eine Doppelstrategie.

NEUPOSITIONIERUNGEN

Souveränität bei Grundlagenmodellen vorantreiben. Europa sollte perspektivisch unabhängig über KI-Grundlagenmodelle verfügen können und gleichzeitig die Hardware-Abhängigkeiten deutlich verringern. Ziel ist, die Resilienz des KI-Gesamtsystems schrittweise zu erhöhen, ohne dabei aber in der kurzen Frist die Geschwindigkeit und Qualität der KI-Anwendung in Europa zu behindern. Es geht also darum, die Nutzung europäischer Alternativen so zu fördern, dass dies nicht zu höheren Kosten oder dem Zwang zur Nutzung minderwertiger KI-Modelle bei den Anwendungen führt. Grundsätzlich lässt sich das bei den

Modellen wie beim Compute durch einen längerfristig angelegten und für alle Nutzer und Anbieter planbaren Aufwuchs an Souveränitätsvorgaben erreichen.

Anwendung von KI kurzfristig und dramatisch beschleunigen. KI ist ein zentraler Produktivitäts- und Wettbewerbsfaktor. Das Aufholen bei der KI-Anwendung ist deutlich realistischer als bei Grundlagenmodellen und Rechenkapazitäten, in denen die USA und China bereits weit voraus sind. Zugleich ist die künftige KI-Marktstruktur noch offen. Für Europa und Deutschland besonders attraktiv wäre eine starke Ebene von Anwendungsdienstleistern zwischen den Modellanbietern und den Unternehmen, um einen automatisierten Wettbewerb um Token zwischen den KI-Giganten zu generieren. Dadurch könnte mehr Wertschöpfung in Europa verbleiben. Je schneller Europa diese Anwendungsebene entwickelt, desto größer die Chance auf eine für europäische Unternehmen vorteilhafte Marktstruktur.

Compute-Abhängigkeiten schrittweise diversifizieren und eigene Kapazitäten aufbauen. Europa sollte die Investitionen in Compute mittelfristig deutlich erhöhen und dafür die energiepolitischen Voraussetzungen schaffen. Ziel ist, einen relevanten Teil der für europäische KI-Anwendungen benötigten Rechenkapazitäten unter eigener Kontrolle zu haben. Deshalb sollte Europa gleichzeitig die Ansiedlung internationaler Compute-Infrastruktur und den Aufbau von Rechenzentren in europäischem Eigentum und unter europäischer Kontrolle betreiben.

UNMITTELBARE MASSNAHMEN

■ **KI-Anwendungsschub in Deutschland und Europa organisieren**

Die Schaffung eines KI-Anwendungsfonds für Pilotprojekte in der Wirtschaft und bei staatlichen Stellen. Die Schaffung eines KI-Daten- und Lösungsrepositoriums und eines Forschungsnetzwerks für KI-Anwendungen. Die Schaffung eines KI-Beschäftigungsfonds, um die Jobverluste in der KI-Transformation im Sinne von Flexicurity durch entsprechende Unterstützung, Fortbildung und Vermittlung abzufedern. Die Einführung einer auf drei Jahre befristeten Möglichkeit für Sofortabschreibung für KI-Anwendungsprojekte.

■ **Nachfrage für
Compute sichern**

Der öffentliche Sektor in Europa schreibt für seine eigene Verwaltung und den Betrieb kritischer Infrastruktur eine Nutzung von Compute-Kapazitäten innerhalb der EU vor. Dabei muss eine Phase-In-Regel dafür sorgen, dass die angestrebte rasante Entwicklung von KI-Anwendungen im öffentlichen Sektor dadurch nicht ausgebremst wird. Der öffentliche Sektor organisiert im Rahmen dieses Phase-In eine gemeinsame Beschaffung dieser Compute-Kapazitäten, um Planungssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Forschungsförderung an EU-Universitäten und Unternehmen wird in erheblichem Umfang „in kind“ aus diesen Compute-Kapazitäten gewährt.

■ **Standort-
bedingungen
verbessern**

Steuerregelungen (etwa bei der Gewerbesteuerzerlegung für Rechenzentren) so anpassen, dass für Gemeinden die Ansiedlung von Rechenzentren attraktiver wird. Regeln zur Abwärmenutzung werden so angepasst, dass eine Ansiedlung der Rechenzentren in Gegenden mit großem Angebot an erneuerbaren Energien gefördert wird. Dabei sollte die Nutzung von Power Purchase Agreements (PPA) zur Sicherung der Energieversorgung gestärkt und vereinfacht werden.

■ **Investitionen in
Rechenzentren
fördern**

Über die Organisation einer verlässlichen Nachfrage (s. o.) die Bonität der Finanzierungsinstrumente der Rechenzentren verbessern. Die KfW und EIB zur vergünstigten Finanzierung der Investitionen einsetzen. Sonderabschreibungen für Rechenzentren werden zugelassen.

■ **Souveränität bei Grundlagenmodellen vorantreiben**

Für den öffentlichen Sektor insgesamt sollte eine anfangs niedrige Quote der Nutzung europäischer KI-Grundlagenmodelle eingeführt werden, die – ähnlich wie die Vorgaben über Compute – über die Zeit ansteigt. Im Verteidigungsbereich sollten die Anforderungen für Modelle und Compute hingegen deutlich stringenter sein. Deshalb könnte der Verteidigungssektor hier eine wichtige Pionierrolle übernehmen. Die Forschung und Weiterentwicklung von KI-Grundlagenmodellen in Europa sollte öffentlich sowohl bei Unternehmen als auch bei Universitäten gefördert werden. Neben der Entwicklung proprietärer Systeme sollten die Weiterentwicklung, Anwendung und das eigene Training von Open-Source-/Open-Weight-Modellen vorangetrieben werden.

■ **Die EU sollte eine Entbündelung von KI-Assistenten im DMA vorschreiben**

KI-Assistenten werden als zentraler Plattformdienst in den Digital Markets Act aufgenommen. Betriebssysteme und Office-Suiten müssen sie getrennt bepreisen und einen Auswahlbildschirm für Modelle anbieten, wie ihn die EU 2010 für Browser durchgesetzt hat. US-Modelle dominieren das europäische B2B-Geschäft über Copilot in Office und Gemini in Workspace, nicht über Modellqualität.

■ **Koalition der Willigen**

Um die Umsetzungsgeschwindigkeit zu maximieren, sollten alle Vorschläge für die europäische Ebene in einer Koalition der Willigen innerhalb der EU umgesetzt werden, die aber eine spätere Teilnahme aller EU-Staaten (und zum Teil auch darüber hinaus) mitdenkt. Aufgrund der Interessenparallelität vieler Mittelmächte ist hier auch eine punktuelle Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen gut denkbar.

Elektrifizierung für mehr Wertschöpfung in Deutschland

AUSGANGSLAGE

Die Welt elektrifiziert sich und steigt aufgrund von Kostenvorteilen auf erneuerbare Energie um. Möglichst günstiger Strom wird damit zum zentralen Ziel der Energiepolitik. Gleichzeitig endet die Ära global einheitlicher Energiepreise: Fossile Energieträger werden auf Weltmärkten gehandelt und stehen allen Volkswirtschaften zu vergleichbaren Preisen zur Verfügung. Erneuerbarer Strom wird regional erzeugt und regelmäßig anderenorts regional verbraucht. Die Preisdifferenzen folgen der Physik, können aber durch leistungsfähige Leitungsinfrastruktur reduziert werden. Es ist ein Gebot der Wettbewerbsfähigkeit, diese Leitungsinfrastruktur deutlich kostengünstiger zu errichten und zu refinanzieren als in der Vergangenheit. Das senkt auch die Systemkosten, die bislang im internationalen Vergleich in Deutschland hoch sind.

Die konsequente Elektrifizierung ist die richtige Strategie – und je geringer die Systemkosten sind, umso schneller führt sie zum Erfolg und stärkt damit die Wertschöpfung in Deutschland. Schrittweise lassen sich so fossile Importe von knapp 80 Mrd. € ersetzen, die aktuell ins Ausland abfließen. Die Energiewende ermöglicht uns, dass ein größerer Teil der Wertschöpfung sich verlagert von laufenden Energieimporten zu heimischen Investitionen in Infrastruktur, Wartung, Netze, Speicher und Anlagen.

Erneuerbare reduzieren in Verbindung mit Speichern und Elektrifizierung schrittweise die energiepolitische Erpressbarkeit von Deutschland. Auch wenn andere Standorte in einer erneuerbaren Energiewelt strukturell günstigere Energiekosten haben, besitzt Deutschland sehr gute Voraussetzungen, um seine Stromkosten zu senken: mit günstigeren Finanzierungskosten, die bei kapitalintensiven Erneuerbaren-Projekten erheblich ins Gewicht

fallen, Rechtssicherheit und einem noch leistungsfähigeren und intelligenteren Stromnetz. Schon heute ist Deutschland hier besonders zuverlässig und leistungsstark. Unter den größeren Volkswirtschaften managt nur Spanien einen vergleichbar hohen Anteil fluktuierender Erzeugung. Bei der Anlagentechnik, von Wärmepumpen über Netze, Steuerungstechnik bis zu Speichern, kann Europa die industrielle Plattform der Elektrifizierung werden.

NEUPOSITIONIERUNGEN

Fokus auf günstige Strompreise. Das System von Steuern und Abgaben in Deutschland ist noch stark auf die Nutzung fossiler Energien ausgerichtet. Strom wird im Vergleich mit Gas mit rund dem Dreifachen an Steuern und Abgaben belastet. Diese Struktur sollte so angepasst werden, dass das Strom-Gaspreis-Verhältnis auf 2,5 sinkt. Das gelingt durch eine Reduktion der Stromsteuer und wenn Strom mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert wird.

Keine Energiesubventionen ohne Brücke. Bei Strompreissubventionen ist Zurückhaltung geboten: Man sollte nicht dauerhaft gegen die Physik ansubventionieren. Eine Subvention ohne Brücke zu einem tragfähigen Geschäftsmodell verfestigt nur die Abhängigkeit von Förderung. Ziel ist nicht die dauerhafte Subvention einzelner Industrien, sondern die Senkung systemischer Stromkosten und die Schaffung verlässlicher Investitionsanreize für Elektrifizierung. Ein Industriestrompreis schafft nur Anreize zur Elektrifizierung, wenn er planbar und mittelfristig allen offensteht und nicht nur den heute schon stromintensiven Unternehmen.

Fokus auf die Senkung von Systemkosten. Systemkosten sind zum Standortnachteil in Deutschland geworden. Sie müssen gesenkt werden, damit sich Elektrifizierung lohnt und Produktion wettbewerbsfähig ist. Folgende Maßnahmen sind umsetzbar, ohne das Tempo oder die Kapazität beim Ausbau der Erneuerbaren zu senken. Letzteres ist wichtig, weil jede zusätzliche Stunde, in der der gesamte Strombedarf in Deutschland aus Erneuerbaren gedeckt wird, die Großhandelspreise reduziert.

MASSNAHME	WIRKUNG
Verschiebung PV-Ausbau zur Freifläche, keine Förderung für kleine Aufdachanlagen mehr	Senkt Erzeugungskosten
Zügiger Ausbau von Großbatteriespeichern	Erhöht Marktwerte Erneuerbarer und senkt dadurch EEG-Kosten
Optimierte Netzanschlüsse durch Überbauung: EE-Anlagen nicht auf ihre volle Erzeugungsspitze dimensionieren	Senkt Netz-Mehrinvestitionen
Freileitungen statt Erdverkabelung bei neuen Gleichstromtrassen	Senkt Netz-Mehrinvestitionen
Geringere Netzkapazitäten bei Offshore-Windparks	Senkt Netz-Mehrinvestitionen
Zeitliche Preissignale der Großhandelspreise durch Smart Meter bei Stromkunden	Senkt Großhandelspreise durch Verschiebung von Nachfrage
Örtliche Preissignale durch Baukostenzuschüsse für Netzanschlüsse. In Regionen mit Stromdefizit sinken sie für Produzenten und steigen für Nachfrager. In Regionen mit Überschuss umgekehrt.	Das bringt Produktion und Nachfrage von Strom besser zusammen und reduziert damit den Ausbaubedarf der Netze.
Knappe Netzkapazität bepreisen. Flexible Netzanschlussvereinbarungen sorgen dafür, dass Kunden, die ihre Anschlussleistung bei Lastspitzen reduzieren, niedrigere Netzentgelte zahlen.	Senkt Netz-Mehrinvestitionen
Amortisationskonto: Netzkosten von heute in die Phase höherer Netzauslastung verschieben	Glättet Netzentgelte, senkt nicht die Gesamtkosten

■ **Staatliches
Eigenkapital für
Netze**

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Übertragungs- und Verteilnetzen. Das senkt Finanzierungskosten und Netzentgelte, ohne den Haushalt bilanziell zu belasten. Konkret kann der Bund seinen Anteil an den Übertragungsnetzbetreibern erhöhen und Nachrangkapital über die KfW für die Verteilnetzbetreiber zur Verfügung stellen.

■ **Stromsteuer
senken**

Reduktion auf das europarechtliche Minimum und Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Strom. Das schafft Anreize für schnelle Elektrifizierung.

■ **Flexibilisierung
des Energie-
systems**

Dynamische Netzentgelte und dynamische Strompreise, schnelles Ausrollen von Smart Metern, Marktintegration von Speichern und die Steuerung industrieller Lastprofile heben das Kostensenkungspotenzial der Elektrifizierung.

Resilienz und strategische Souveränität

AUSGANGSLAGE

Die Welt entwickelt sich von einer regelbasierten Ordnung zu einer machtpolitisch geprägten Struktur, in der Geoökonomie der Durchsetzung eigener Interessen dient. Eine Abhängigkeit wird dann zum Resilienzproblem, wenn sie einer fremden Macht Einfluss auf europäische Entscheidungen verschafft. Nach diesem Maßstab hat Europa ein Problem mit zwei Staaten: gegenüber China bei Rohstoffen, Vorprodukten und einzelnen Gütern wie Batterien, PV-Modulen oder Chips, gegenüber den USA bei Rüstungsgütern, digitalen Plattformen, KI und Halbleiter-Architektur.

Diese Abhängigkeiten müssen reduziert werden. Allerdings hat Resilienz einen Preis. Es braucht also einen nüchternen Ansatz, der Kosten und Effekte im Blick hat. Politisch wird Resilienz allerdings meist aus Partikularinteressen verhandelt: Gewerkschaften meinen Standortsicherung, Unternehmen meinen Subventionen.

Notwendig ist ein transparentes Kriterienraster: Die Konzentration der Herkunft einzelner Güter ist wichtiger als die Frage, wie hoch die Importquote ist. Gibt es alternative Bezugsquellen, ist Resilienz weniger gefährdet. Auch die Aufwuchsfähigkeit eigener Produktion ist ein Faktor. Und schließlich ist nicht jede Güterkategorie kritisch. Es kommt auf die Bedeutung für Sicherheit und das Funktionieren der Wirtschaft an.

Resilienz meint nicht, dass man alles selbst produziert. Oft ist es günstiger und wirksamer, selbst unverzichtbar zu werden, weil Druck mit Gegendruck beantwortet werden kann. Das ASML-Prinzip zeigt, wie strategische Souveränität in offenen Volkswirtschaften entsteht: Ohne die Lithografie-Maschinen aus den Niederlanden versiegt die Produktion moderner Logikchips und damit die KI-Wertschöpfungskette. Wenn technologische Exzellenz und

strategische Kontrolle zusammenfallen, erfordert Resilienz keine Subvention. Deshalb sollte Teil einer Resilienzstrategie sein, Produkte zu identifizieren, die andere benötigen und nicht substituieren können.

Europa hält solche Positionen, etwa bei Urananreicherung und Gasturbinen. Auch die Nachfrage nach US-Staatsanleihen hängt an europäischen Kapitalsammelstellen, die Umsätze von US-Tech werden wesentlich mit europäischen Konsumenten erzielt. Chinesische Konzerne erzielen gute Margen in Europa. Ohne Zugang zu diesem Markt kommen ihre Geschäftsmodelle unter finanziellen Druck. Diese Trümpfe kompensieren bestimmte Abhängigkeiten, wenn die EU sie als solche behandelt.

NEUPOSITIONIERUNGEN

Sockelproduktion für europäische Resilienz. Wo eine Mindestproduktion für Versorgungssicherheit erforderlich ist, sollte diese auf europäischer Ebene organisiert und finanziert werden. Sockelproduktion für Stahl, Ammoniak oder Dünger wird europaweit ausgeschrieben. Dadurch wandert energieintensive Produktion tendenziell in solche EU-Regionen mit niedrigeren Energiepreisen ab, auch aus deutschen Standorten. Die Alternative, nationale Resilienz durch dauerhaft steigende Subventionen zu erkaufen, bindet aber Mittel gegen einen physikalisch bedingten Nachteil und entzieht sie höherer Wertschöpfung.

Industriepolitik für Chokepoints. Bisher waren industriepolitische Ansätze in Europa vor allem auf die Bewahrung oder Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung ausgerichtet. Künftig kommt die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten als weiteres Kriterium hinzu. Industriepolitische Intervention rechnet sich hier, weil sie langfristig zu einer Minimierung geoökonomischer Risiken führt.

■ Strategisches Abhängigkeits-monitoring etablieren	Deutschland und die EU benötigen ein gemeinsames System zur Identifikation und laufenden Überwachung kritischer Abhängigkeiten. Rohstoffe, Schlüsseltechnologien, digitale Infrastrukturen, Finanzströme und industrielle Wertschöpfungsketten werden ressortübergreifend analysiert und in einem gemeinsamen europäischen Lagebild zusammengeführt. Nur wer seine Verwundbarkeiten systematisch misst, kann Resilienz gezielt aufbauen. Dafür baut die EU eine eigene Einheit für „Trade Policy Intelligence“ auf. Sie analysiert strategische Abhängigkeiten, Netzwerkpositionen und geoökonomische Risiken systematisch und macht Handelspolitik evidenzbasiert.
■ EU-Reserven	Gemeinsame Reserven für lagerfähige Güter (Öl, Gas, seltene Erden, Lithium, Dünger etc.) anlegen.
■ Rohstoff-partnerschaften, Recycling, Substitution	Sie reduzieren den Importbedarf von Gütern, die fast ausschließlich aus einzelnen Staaten kommen.
■ Vorausschauende Vorrang-bestellungen	Vorrang staatlicher Aufträge in privaten Auftragsbüchern für strategische Güter, wie ihn der US Defense Production Act erlaubt, über das enge Krisenregime des European Defence Industry Programme hinaus.

Ein neues Verständnis von Handelspolitik und ein selbstbewusster Umgang mit den USA und China

Sowohl die USA als auch China nutzen ihre jeweilige Position gegenüber Europa zunehmend asymmetrisch: wirtschaftlich und technologisch im Fall der USA, handelspolitisch im Fall Chinas. Beide Beziehungen erfordern deshalb keine Entkopplung, sondern mehr europäisches Selbstbewusstsein und eigene Verhandlungsmacht. Zugleich reicht der Umgang mit den beiden Großmächten allein nicht aus: Deutschland und Europa müssen ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen diversifizieren, um neue Märkte zu erschließen und ihre Verhandlungsmacht zu stärken.

Weder die USA noch China bieten Europa aktuell eine symmetrische, verlässliche Partnerschaft. Die multipolare Ordnung eröffnet Europa deshalb zugleich eine Chance: Zahlreiche mittlere Mächte – etwa Indien, Japan, Südkorea, Kanada, Australien, die Staaten des Mercosur sowie ausgewählte Golfstaaten – haben strukturell ähnliche Interessen wie Europa an offenen Märkten, regelbasiertem Handel und einer Diversifizierung weg von einseitigen Abhängigkeiten von den USA und China. Diese Staaten sind sowohl wichtige Absatzmärkte für europäische Industrie als auch potenzielle Partner bei Rohstoffen, Lieferketten und Technologiestandards. Bislang nutzt Europa diese Interessenparallelität zu wenig systematisch.

NEUPOSITIONIERUNGEN

Ein neues Verständnis von Handelspolitik. Eine offene und freie Handelsordnung hat global großen Wohlstand geschaffen. Sie gerät jedoch unter Druck, wenn einzelne Akteure die Offenheit anderer Volkswirtschaften nutzen, um Dominanz in zahlreichen

Industriezweigen anzustreben, ohne im Gegenzug vergleichbare Offenheit zu gewähren. Europa sollte deshalb konsequent auf zwei Ebenen ansetzen: Handelsbeziehungen zu Partnern, die auf Gegenseitigkeit setzen, werden gezielt vertieft und ausgebaut. Gegenüber Akteuren, die keinen fairen Handel ermöglichen, werden dagegen ausgewählte Wirtschaftsbereiche geschlossen oder eingeschränkt.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hat dafür im September 2026 vier Handlungsfelder benannt: den Binnenmarkt vertiefen, strategische Abhängigkeiten gezielt reduzieren, die geoökonomische Reaktionsfähigkeit ausbauen und das multilaterale Handelssystem stabilisieren und weiterentwickeln. Der Binnenmarkt ist dabei der zentrale Hebel. Der Zugang zu ihm ist das wichtigste Druckmittel der EU in Verhandlungen mit Drittstaaten. Je tiefer und größer der Binnenmarkt ist, desto besser kann Europa seine Interessen durchsetzen.

Europäische Beschaffung vor nationalen Produktionsanteilen.

Europa beschafft Waffensysteme künftig gemeinsam und nach einheitlichen Standards. Der Verzicht auf nationale Produktionsanteile ist dabei der Preis für Skaleneffekte, die keine nationale Einzelbeschaffung erreicht. Beginnen sollte Europa dort, wo seine Fähigkeitslücken am größten sind: bei Mittelstreckenraketen, Luftverteidigung und Kampfflugzeugen der fünften Generation.

Europa nutzt seine neue strategische Handlungsfähigkeit auch im Digitalen. Die Regulierung digitaler Plattformen wird konsequent weiterentwickelt, um faire Wettbewerbsbedingungen, Datensouveränität und eine angemessene Besteuerung sicherzustellen. Gleichzeitig werden Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern reduziert und europäische digitale Ökosysteme gezielt gestärkt, damit mehr digitale Wertschöpfung in Europa entsteht und verbleibt. Vorbild könnte der amerikanische Umgang mit TikTok sein.

Selbstbewusste Reziprozität. Deutschland und die EU verfolgen gegenüber China einen selbstbewussten Kurs und nutzen ihre wirtschaftliche Stärke, um fairere Wettbewerbsbedingungen und mehr Gegenseitigkeit durchzusetzen. Handelspolitische Instrumente werden gezielt eingesetzt, um marktverzerrende Überkapazitäten zu

adressieren und europäische Schlüsselindustrien zu schützen. Kurzfristige Spannungen und mögliche Gegenmaßnahmen werden dabei in Kauf genommen, um langfristig eine ausgewogenere und belastbarere wirtschaftliche Partnerschaft zu erreichen.

Gleichgesinnte Partnerschaften ausbauen. Neben dem Umgang mit den beiden Großmächten muss Europa aktiv neue und vertiefte Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten aufbauen. Quasi eine Allianz wertverwandter Mittelmächte. Das reduziert die einseitige Abhängigkeit von den USA und China und schafft zusätzliche Verhandlungsmacht in beiden Beziehungen. Aufgrund der Interessenparallelität vieler mittlerer Mächte – im Sinne von Mark Carneys Davos-Rede – ist hier eine punktuelle wie strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen gut denkbar, etwa bei Rohstoffpartnerschaften, Handelsabkommen und gemeinsamen technologischen Standards.

UNMITTELBARE MASSNAHMEN

USA

■ Europäischer Tech-Stack in kritischer Infrastruktur

Souveräne Cloud für Verwaltung, Sicherheitsbehörden und kritische Daseinsvorsorge baut die strukturell wachsende Digitalabhängigkeit dort ab, wo der Staat die Nachfrage selbst kontrolliert. Dabei handelt es sich um einen jahrelangen Transformationsprozess, weil der Wechsel nicht sofort möglich ist, da Verträge laufen und Technologien teilweise noch fehlen. Das kürzlich von der Europäischen Kommission vorgestellte „Tech Sovereignty Package“ bietet hierfür eine klare Roadmap.

■ Europäische Chokepoints identifizieren und ausbauen

Die vorhandene Verhandlungsmacht in Positionen bei EUV-Lithografie, Gasturbinen und Urananreicherung wird um autonome Systeme, industrielle KI und Netzkomponenten der Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ) ergänzt, wo europäische Anbieter führen.

■ **Elektrifizierung
europäischer
Wertschöpfung**

Das reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und verlagert Wertschöpfung nach Europa.

■ **Besteuerung von
digitalen US-
Konzernen**

Steuersparmodelle in der EU müssen beendet werden. Dabei geht es um die Umsetzung der ohnehin vereinbarten Mindestbesteuerung. Damit wird der Abfluss von Wertschöpfung durch die digitalen Plattformen zumindest begrenzt.

CHINA

■ **Reziprozität**

Der Industrial Accelerator Act setzt in Europa dieselben Bedingungen, die China ausländischen Investoren auferlegt. Das umfasst Anforderungen an lokale Wertschöpfung und Joint-Venture-Pflicht. Der europäische Markt bleibt offen für chinesische Investoren, die sich an diese Regeln halten.

■ **Neue
Geschlossenheit**

Frankreich, Spanien, Italien, die Niederlande und Litauen drängen die Kommission zu entschiedenerem Vorgehen gegenüber China. Die deutsche Zurückhaltung gegenüber dieser Fünf-Staaten-Initiative wird aufgegeben.

■ **Selektive
Schutzzölle
ausweiten**

Fokus auf Bereiche mit substanzieller europäischer Produktion und Zukunftsperspektiven, etwa Wärmepumpen oder E-Autos statt PV-Modulen. Das löst zugleich den Konflikt zwischen Klimatempo und Wertschöpfung: Wo Europa nicht mehr produziert, beschleunigt der billige Import die Dekarbonisierung. Wo Produktion zu halten ist, hat das Vorrang.

■ **Bestehende
Instrumente
glaubwürdig
einsetzen**

Unterhalb des Anti-Coercion-Instruments werden abgestufte Maßnahmen einsatzbereit gemacht, von Antidumping- und Antisubventionsverfahren über das internationale Beschaffungsinstrument bis zur Verordnung über drittstaatliche Subventionen, damit die Abschreckung glaubwürdig ist, bevor die schärfste Stufe gezogen wird. Für das Anti-Coercion-Instrument braucht es ein systematisches Monitoring wirtschaftlichen Zwangs, transparente Entscheidungskriterien und klar definierte Eskalationsstufen. Entscheidungen auf EU-Ebene müssen schneller und zentraler fallen, weil sich geoökonomische Konflikte rasch verschärfen. Die Durchsetzung bestehender Regeln hat Vorrang vor neuen Instrumenten.

■ **Exportkontrollen
und Investitions-
prüfung
europäisch
bündeln**

Die EU harmonisiert ihre Instrumente zur Exportkontrolle und Investitionsprüfung und bündelt sie auf europäischer Ebene. Nationale Alleingänge sind ineffizient und schwächen die strategische Position der EU.

NEUE ALLIANZEN SCHAFFEN

■ **Freihandels-
abkommen
vorantreiben**

Bereits ausgehandelte Freihandelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern müssen zügig ratifiziert werden, damit sie ohne weitere Verzögerung vollständig in Kraft treten können. Parallel sollten Verhandlungen mit weiteren Wachstumsmärkten in Südostasien und am Golf vorangetrieben werden. Hinzu kommen Abschluss, Inkraftsetzung und Vertiefung von Abkommen etwa mit Indien, Indonesien und dem Mercosur. Die EU setzt dabei auf regelbasierte Abkommen nach Art. XXIV GATT, der Regel des Welthandelsrechts für Freihandelszonen und Zollunionen: Sie öffnen Märkte und schaffen keine neuen Hürden gegenüber Dritten. Nicht gebundene Staaten wie Indien, Indonesien, Vietnam oder Mexiko werden als Verbindungsknoten zwischen den Blöcken gezielt einbezogen.

■ **Rohstoff-partnerschaften vertiefen**

Die bereits bestehenden strategischen Rohstoffpartnerschaften, z. B. mit Australien, Kanada und Chile, sollten über die reine Rohstoffgewinnung hinaus gezielt um Investitionen in lokale Weiterverarbeitung erweitert werden, um einseitige Importabhängigkeiten bei verarbeiteten kritischen Rohstoffen – insbesondere von China – zu reduzieren. Die Partnerschaften umfassen neben Handel auch Investitionsschutz, Technologiekooperation und Nachhaltigkeitsstandards. Die Absichtserklärung von EU und USA vom 24. April 2026 zur gemeinsamen Sicherung kritischer Rohstoffe sollte auf weitere Länder ausgeweitet werden.

■ **Technologische Standards gemeinsam setzen**

Die Zusammenarbeit bei KI-Governance, Digitalstandards und Exportkontrollen mit gleichgesinnten Staaten, wie zum Beispiel Japan, Südkorea, Kanada und Australien, sollte gestärkt werden, um europäische Standards global wettbewerbsfähig zu positionieren (Beispiel Sovereign Technology Alliance).

■ **Konsultations-format für „middle powers“ schaffen**

Ein regelmäßiges Format zur Koordinierung von Handels-, Rohstoff- und Technologiefragen mit wichtigen gleichgesinnten Staaten wird etabliert, um die punktuelle Zusammenarbeit zu verstetigen. Daraus entstehen offene plurilaterale Handels- und Resilienzabkommen, also Abkommen einer Gruppe gleichgesinnter Staaten, die anderen zum Beitritt offenstehen. Sie werden unabhängig vom Fortgang der WTO-Reform verfolgt, aber so gestaltet, dass sie später in den multilateralen Rahmen passen.
